

Ist das unsere wertebasierte Grundordnung?

Asylkompromiss Geas: „Ein Desaster“ und „Wir haben in Europa ein Rechtsstaatsproblem“, FR-Titel und Thema vom 10.6.

So etwas ist keine Menschenrechtspolitik

Seit der faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl 1993 durch CDU/CSU und SPD und die nachfolgenden Verschärfungen auf deutscher und europäischer Ebene kann von einer Menschenrechtspolitik nicht mehr gesprochen werden.

Ein kurzer Rückblick auf die „mensenrechtsbasierte“ Asylpolitik: 1994 Tod von Bankole, eingeschnürt wie ein Paket. 1995: Abgeschoben, obwohl der Operationstermin feststand; bayerischer Ex-Innenminister läuft Sturm gegen das neue Asylrecht. 1996: Zweijähriges Kind soll aus Niedersachsen in den Libanon zurück; Bonn will abschoben auch bei Verfolgung; Ausweisung aus Sozialhygiene. 1997: Falscher Arzt beim BG stellt Asylbewerber ruhig; UNHCR rügt deutsche Asylpraxis. 1998: Abschiebung war rechtswidrig; Abschiebehäft: Jede zweite Beschwerde begründet; Abschiebung in Nachthemd und Pantoffeln; Hans Koschnik: Bosnier-Abschiebung „wie zu Gestapo-Zeit“. 2017: Die EU sieht dem Sterben auf dem Meer einfach zu. Diese Liste könnte fortgesetzt werden. Seit dem Jahr 2014 waren sind mehr als 26 832 Geflüchtete im Mittelmeer ertrunken. Mindestens!

Da wirkt es nur noch zynisch und menschenverachtend, wenn die sozialdemokratische Bundesinnenministerin Faeser von einem „Europa der offenen Grenzen“ spricht. Und

dann will sie die Ausnahme für Kinder und Jugendliche von den Asylverfahren an den EU-Außengrenzen als Erfolg verkaufen. Eine Menschenrechtspolitik sieht anders aus!

Peter Friedl, Darmstadt

Das Gewissen der Grünen ist nicht mehr ganz so gut

Grenzkontrollen wiedereinzuführen, würde bedeuten, den Güterverkehr in Europa empfindlich zu behindern. Das darf nicht geschehen, die Lastwagen müssen rollen.

Kämen aber auch Flüchtlinge bis zur deutschen Grenze, müsste ihr Asylantrag in einem rechtsstaatlichen Verfahren geprüft werden, wobei bei Ablehnung noch der Klageweg offenstünde. Also müssen sie an den EU-Außengrenzen festgehalten werden. Die Grenzländer hatten die ihnen oktroyierte Aufgabe, die Unerwünschten zurückzuweisen oder gefälligst selbst aufzunehmen, nicht zufriedenstellend erfüllt.

Frau Baerbock spricht mit Krokodilstränen von einem „bitteren Kompromiss“ – zu wessen Lasten? Zu Lasten des dann nicht mehr ganz so guten Gewissens der Grünen? Wohl eher auf Kosten der hilfeschuchenden Menschen. Es klingt wie schwarze Pädagogik, wo man den Kindern bevor man sie verprügelt, „erklärte“, warum das notwendig und gerecht sei.

Sogar auf dem Kirchentag lässt man diesen Offenbarungseid der Mitmenschlichkeit ab-

segnen. Interessant, was unsere „wertebasierte Grundordnung“ so alles erlaubt.

Susanne Roether, Frankfurt

Resultat von Jahrzehnten der Ausbeutung

Geas ist die konsequente Weiterführung ausbeuterischer Freihandelsabkommen und Waffenlieferungen zum Vorteil westlicher Konzerne bzw. Sicherstellung politischer Einflussnahme in Drittstaaten! Nach Jahrzehnten postkolonialer Ausbeutung durch den Westen kommen die vorhersehbaren Auswirkungen ungeschminkt ans Tageslicht. Jetzt kann die Politik sich hinter keinem Feigenblatt mehr verstecken. Es wird immer weniger Menschenrechte geben, je mehr Flüchtlinge kommen. Wir werden es erleben! Dass der Westen dafür aus Steuergeldern die Zechen zahlt, die Demokratie dabei von Rechten kaputt gemacht wird und die steuervermeidenden Konzerne die lachenden Dritten bleiben, ist der Preis, den wir gerechterweise (jedes Volk verdient seine gewählte Regierung) dafür zahlen müssen.

Wie realitätsfremd und/oder korrupt müssen unsere Volksvertreter gewesen sein um diese Rahmenbedingungen für ein neoliberales Wirtschaftssystem zu installieren? „Der Markt wird es richten“ – er hat es „hingeworfen“. Zumindest aus Sicht der Mehrheit der Weltbevölkerung.

Hubert Oechsner, Aschaffenburg

Diskussion: [frblog.de/asylpolitik](https://www.frblog.de/asylpolitik)



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: [frblog.de/f20230613](https://www.frblog.de/f20230613)

FR ERLEBEN

Lutz „Bronski“ Büge stellt in einer gestreamten Sommer-nachtslesung online seinen neuen Roman „Noah schläft – Die Rückkehr der Arche“ vor. Kostenlos auf Youtube von Sparkys Kopfkino: [youtube.com/watch?v=K3LubK0O7XI](https://www.youtube.com/watch?v=K3LubK0O7XI)
Mittwoch, 14. Juni, 19 Uhr
Youtube, Sparkys Kopfkino

Pitt von Bebenburg moderiert die Online-Diskussion „Wachsende Armut in Hessen: Welche Lösungen hat die Politik?“ des Paritätischen Hessen. Mit Andreas Aust (Paritätische Forschungsstelle), Claudia Ravensburg (CDU), Marcus Bocklet (Grüne), Lisa Gnadl (SPD), Yanki Pürsün, (FDP), Christiane Böhm (Linke). Anmeldung unter www.paritaet-hessen.org
Mittwoch, 21. Juni, 17 Uhr

Stephan Hebel referiert und diskutiert zum Thema „Die Rolle der (un)abhängigen öffentlichen Medien für Demokratie und Diskurs – nicht nur, aber auch in Zeiten des Krieges“.
Donnerstag, 29. Juni, 19 Uhr
Kulturcafé Windrose, Strackgasse 6 Oberursel

Reduzierte Menschen

Asylpolitik: „Tausende Pushbacks nach Österreich?“, FR-Politik vom 30. Mai

Michael Kretschmer meint: Die Anzahl der Menschen sei einfach zu groß, deshalb müssten die Zahlen reduziert werden. Bitte, Herr Kretschmer: Reduzieren Sie Zahlen, so viel Sie wollen. Aber reduzieren Sie nicht Menschen!

Elisabeth Marx, Frankfurt

Bäume jetzt gießen

Trockenheit: „Früher war Wald“, FR-Meinung vom 9. Juni

Wer Grün vor seinem Haus mag, sollte es ab jetzt vor dem Verdurstenden retten. Alle Bäume, besonders Straßenbäume, leiden an trockenen Tagen besonders am Wassermangel. Mindestens fünf Liter Wasser, eher mehr, benötigt ein Baum, um zu überleben und Teil unseres natürlichen Luftreinigungssystems zu bleiben. Urlaubszeit sowie Mangel an Personal und auch mancherorts die Kosten sind Gründe, weshalb die öffentliche Bewässerung nicht ausreicht, um das Überleben der Bäume zu gewährleisten.

Leider gibt es nur wenige Kommunen, die Baumpatenschaften ins Leben gerufen haben. Deshalb die Bitte an die Anwohner, vor deren Grundstücken städtische Bäume stehen, diese zu gießen. Straßenbäume trocknen wegen der Abgase schneller aus. Besonders junge Bäume sind betroffen, weil deren Wurzelwerk noch nicht ausgereift ist. Streusalz vom Winter belastet sie zusätzlich.

Dringender Appell: Entsorgen Sie das chemiefreie Brauchwasser aus der Küche nicht in den Kanal, sondern löschen Sie bitte den Durst der Bäume vor der Haustür damit! Es kostet Sie nichts und Sie werden sich als Dank für Ihre Mühe an Bäumen erfreuen können, die den Sommer über ihr grünes Blattwerk nicht abwerfen müssen und zusätzlich Schatten spenden.

Täglich sauberes Wasser den Vögeln und Insekten an einer geschützten Stelle im Schatten zu gewähren, ist ein weiterer Schritt unser gefährdetes Ökosystem aufrecht zu erhalten. Umweltschutz light mit großer Wirkung.

Elfriede Günther, Gelnhausen

SORRY

In unserem Bericht über die Vorwürfe gegen die Band Rammstein („Ein Lie fehlt“, FR-Feuilleton vom 9.6., S.27) ist uns ein Fehler unterlaufen. Dort hieß es, die Band habe eine Rechtsanwaltskanzlei engagiert. Richtig ist aber, dass Sänger Till Lindemann die Kanzlei beauftragte. Wir bitten, das Versehen zu entschuldigen.

Als Nächstes spricht das Verfassungsgericht

Zu: „Steinmeier unterzeichnet Gesetz zur Wahlrechtsreform“, FR-Politik vom 9. Juni

Noch weniger direkte Demokratie

Zur Wahl haben in Deutschland die Wahlberechtigten zwei Stimmen, eine für eine Person in Direktwahl und eine für eine Partei in Verhältniswahl. Ein Restbestand einer direkten Demokratie existiert also noch in der Direktwahl einer Person, die auf der Wahlliste erscheinen darf.

Dieser Restbestand soll nun abgeschafft werden, indem die Partei in der Zweitstimme und damit die repräsentative Demokratie bestärkt wird. Dagegen steht, dass in den Gemeinden und Städten die Zahl der unabhängigen Kandidaten zunimmt, die Wähler haben offensichtlich die Schnauze voll vom ständigen Versagen der Parteien. Was geschieht mit ihnen?

Wie wäre es, die Direktmandate zu stärken und die Zweitstimme abzuwerten, wie die Parteien es verdient hätten? Dass keine Regionalpartei wie die CSU nicht unbedingt weiterbestehen muss, ist verständlich, selbst in einer föderalen Demokratie.

Dass gerade die SPD, die Grünen und insbesondere die FDP als Wahlverlierer nun die Stärkung der repräsentativen Demokratie zu ihren Gunsten befördern, gibt zu denken. In der Diskussion

über den Klimawandel haben schon verschiedene Autoren das Ende der repräsentativen Demokratie, besonders auf kommunaler Ebene, als erforderlich angesehen. Konrad Mohrmann, Frankfurt

Unabhängige könnten von den Änderungen profitieren

Nach Lektüre des Gesetzestextes stellt sich mir die Situation so dar, dass mit der Abschaffung der „sicheren“ Wahlkreismandate Einzelbewerber/innen eine veränderte Bedeutung gewinnen und eine Aufwertung erfahren: Sie können ohne Begrenzung durch einen Parteistimmenanteil im Wahlkreis allein aufgrund der erreichten Mehrheit der Wahlkreisstimmen gewählt werden und erhalten dann ein „partiunabhängiges“ Mandat.

Dieses Prinzip könnten auch Bewerber/innen in Bayern oder z.B. in Stadtstaaten nutzen – soweit sie sich in „sicheren Wahlkreisen“ wähnen (Herr Ströbele hat mehrfach mit unabhängiger Kandidatur trotz Parteimitgliedschaft das Beispiel geliefert).

Allerdings definiert die Änderung nun den Gewinn eines Wahlkreismandates mit „Mehrheit der Wahlkreisstimmen“ – und das gilt sowohl für unabhängige wie für von Parteien

aufgestellte Wahlkreiskandidaten! Allein die Unabhängigen sind dann wirklich „direkt gewählt“. ParteikandidatInnen im Wahlkreis sind vom Gesamtstimmenanteil ihrer Partei abhängig, erhalten aber mit Erringen der Mehrheit die Chance, an „ListenkandidatInnen“ ihrer Partei vorbeizuziehen. Das bisherige System, einen Sitz im Bundestag mit der „relativen Mehrheit“ der Wahlkreisstimmen zu erhalten, entfällt.

Mir gefällt der zugrundeliegende Gedanke durchaus, die „mehrheitsorientierten“ Aspekte des Wahlrechts zu stärken. Die relative Mehrheit für die Wahlkreismandate erschien mir immer als Systembruch. Die Neuregelung stuft die Wahlkreismandate vom Grundsatz her ab (sie können entfallen) und weist ihnen zugleich eine neue Funktion als Korrektiv der Reihenfolge der Landesliste zu. Diese Funktion stärkt die Hinwendung der Abgeordneten zur „Basisarbeit“ im Wahlkreis.

Ob das Verfassungsgericht alle Einzelregelungen akzeptiert, bleibt fraglich. Aber undemokratischer wird dieses Wahlsystem nicht, es verschiebt Gewichte von den Parteien hin zu den Wählern. Das kann ich nur begrüßen.
Werner Dörr, Polch